

Ökolumne

Die Verbreitung genetisch veränderter Pflanzen läßt sich nicht kontrollieren. Für Landwirte, Imker und Verbraucher ergeben sich hohe langfristige Risiken. Die Gentechnik-Konzerne wollen so die Wahlfreiheit und damit das Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft kippen. Nach wie vor fehlt in den entscheidenden Bereichen die Verursacherhaftung. Die Lebensmittelwirtschaft muß regelmäßig Analysen vornehmen, die gentechnikfreie Produkte wegen mangelnder Verursacherhaftung um etwa 10 % verteuern. Sachsen-Anhalt möchte sogar die Haftungsbestimmungen im Gentechnikgesetz noch weiter aufweichen und hat Klage gegen das Gentechnikgesetz eingebracht.

In 7 Bundesländern wurde in diesem Frühjahr auf 2000 bis zu 3000 Hektar gentechnisch verunreinigter Mais NK603 der Firma Pioneer Hi-Bred ausgesät, der in Deutschland nicht zugelassen ist. Das Saatgut ist bis zu 0,1 Prozent mit dem Gen-Mais kontaminiert. Der herbizidresistente Mais darf in Europa nicht angebaut werden. Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass beim Verzehr von NK603 gesundheitliche Schäden an Mensch und Tier nicht ausgeschlossen werden können. Pioneer hat jedoch nach Recherchen des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den Versuchsanbau mit NK603-Kreuzungen in Ungarn betrieben. Dort wurde auch das verunreinigte Saatgut von Pioneer produziert und nach Niedersachsen geliefert.

EU-weit gilt ein Reinheitsgebot für Saatgut. Deshalb überprüfen die Bundesländer jedes Frühjahr die Qualität des Saatguts. Die Bundesländer haben sich darauf geeinigt, die Ergebnisse ihrer jährlichen Analysen zu Gentechnikverunreinigungen von Saatgut bis zum 31. März zu veröffentlichen. So soll verhindert werden, dass verunreinigtes Saatgut verkauft und ausgesät wird.

Das kontaminierte Saatgut wurde in Niedersachsen verkauft und ausgesät, obwohl das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium seit 3 Monaten von der Verunreinigung wußte. Es weigerte sich, konkrete Angaben zum Hersteller, der Sorte und der Menge des verunreinigten Mais-Saatgutes zu machen. Alle anderen Bundesländer ergriffen Maßnahmen, um die Aussaat zu verhindern: Sie veranlassten die Vernichtung oder den Rückruf aus dem Handel. Zuständig ist die Ministerin Grotelüschen (CDU). Erst per Gerichtsbeschluss konnte das Saatgutunternehmen am 3. Juni zur Offenlegung ihrer Lieferlisten gezwungen werden.

Im Land Brandenburg hat die Schadensbegrenzung dieses Mal funktioniert: Bei 5 von 33 Proben wurde eine genetische Verunreinigung entdeckt. Brandenburgs Umwelt- und Verbraucherschutzministerin Anita Tack (Linke) hat den Umbruch von gentechnisch verändertem Mais angeordnet.

Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung haben hauptsächlich Landwirte in Bayern und Baden-Württemberg die betroffene Charge des Pioneer-Saatguts PR38H20 gekauft. In diesen beiden Bundesländern soll das Saatgut auf 800 Hektar Fläche ausgebracht worden sein.

Die zuständigen Ministerien aus Bayern und Niedersachsen hingegen schweigen, ihre Bauern nicht. Der bayerische Bauernverband fordert die Landesregierung auf, sofort den Umbruch anzuordnen und appelliert an den Bund eine einheitliche Lösung für die Bauern

zu finden, denn nur so sieht der Verband eine Vermeidung von katastrophalen rechtlichen Folgen im Hinblick auf Schadensersatzansprüche seitens der Landwirte. Die Bauern aus Niedersachsen haben Klage gegen Unbekannt erhoben. Sie befürchten eine systematische Verunreinigungsstrategie der Konzerne, um ihre Technologie zu etablieren, indem Landwirte und Verbraucher an Verunreinigungen gewöhnt werden.

Die Gentechnik-Konzerne vertreten die Ansicht, daß trotz der fehlenden Anbau-Genehmigungen Umbruchverfügungen unangemessen wären, denn der Gentechnik-Mais sei zum Import für Lebens- und Futtermittel zugelassen. Damit wird deutlich, daß sie die schleichende Kontamination als Mittel zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen einsetzen. Auf der politischen Ebene werden sie dabei durch sehr langsam arbeitende Landwirtschaftsministerien unterstützt.

Bisher ist noch völlig offen, wer die Landwirte entschädigt, die unwissentlich den verunreinigten Mais auf ihren Feldern ausgesät haben. Saatguthersteller Pioneer, der für den Schaden haften müsste, weist bisher jede Schuld von sich – in eigenen Saatgut-Untersuchungen seien keine genmanipulierten Organismen gefunden worden. Auf Anfrage des niedersächsischen Umweltministeriums weigerte sich Pioneer allerdings, die Handelswege für das von den Behörden positiv getestete Saatgut zu nennen.

Erst im vergangenen Jahr ist verunreinigtes Mais-Saatgut in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz auf die Felder gebracht worden. Eigentlich hätte die ganze Ernte vernichtet werden müssen, aber die Länder haben beschlossen, die Pflanzen in Biomasse-Kraftwerken zu verfeuern.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL) fordert, daß dort, wo die gentechnisch veränderten Maispflanzen blühen und wachsen, die Äcker umzupflügen sind und die betroffenen Bauern von den Verursachern voll entschädigt werden müssen.